

Initiative Pro Region Schramberg

Kundgebung am 18.4.2011

Rede OB

Es gilt das gesprochene Wort!

**Liebe Bürgerinnen und Bürger aus Schramberg und Umgebung,
werte Sprecher(in) der Bürgerinitiative,**

**mit der BI bin ich mir schon lange darin einig, dass das Schicksal des
Kreiskrankenhauses Schramberg und seiner Beschäftigten an einem
seidenen Faden hängt. Dieser droht nun zu reißen!**

**Der Landrat hat den Vertrag mit HELIOS unterschrieben. Dieser ist
aber an verschiedene Bedingungen geknüpft und sobald diese erfüllt
werden, wird der Vertrag automatisch wirksam. Der Kreistag kann
von sich aus also den Vertrag nicht mehr ändern oder gar auflösen.**

**Eine der Bedingungen ist die Genehmigung des Vertrages durch das
Regierungspräsidium. Dieses hält den Vertrag und auch das
Zustandekommen dieses Vertrages für rechtmäßig Die Entscheidung
ist getroffen und vielleicht auch opportun. Ich bleibe aber dabei, dass
ich hinsichtlich der Befangenheit zu einem anderen Ergebnis komme
als das Regierungspräsidium.**

**Eine weitere Bedingung für die Wirksamkeit des Vertrags ist die, dass
das Sozialministerium der Schließung des Schramberger
Krankenhauses durch HELIOS zustimmt und nicht den Landkreis
verpflichtet, in Schramberg ein Krankenhaus zu betreiben.**

Das könnte gefordert werden, wenn im Mittelbereich Schramberg die Versorgung nicht sichergestellt wäre. Das Sozialministerium vertritt aber die Ansicht, dass die Versorgung des Mittelbereichs Schramberg auch ohne das Schramberger Krankenhaus gesichert sei. Das Ziel der flächendeckenden Versorgung steht zwar noch im Landeskrankenhausplan drin; offensichtlich sind aber andere, zum Beispiel wirtschaftliche Ziele weit wichtiger. Der Schwarzwald wird dadurch zum Verlierer einer fragwürdigen Planung.

Eine gewichtigste Hoffnung war die Klage von AMEOS beim Landgericht Stuttgart. Leider haben sich die Erwartungen nicht erfüllt. AMEOS hat aber Beschwerde eingelegt und versucht, den Vertrag des Landkreises mit HELIOS beim Oberlandesgericht (OLG) zu kippen.

Mit einer Feststellungsklage beim Verwaltungsgericht haben die Kreisräte Dr. Werner Klank, Gerhard Dein, Karl Langenbach und Bernd Richter nun die Verletzung ihrer Informationsrechte im Kreistag geltend gemacht und leiten hieraus die Rechtswidrigkeit der Vergabeentscheidung zugunsten HELIOS ab.

Bei allem Groll über die behördlichen Genehmigungen sollten wir aber nicht vergessen, dass es die Mehrheit des Kreistages war, die uns in dieses Dilemma gebracht hat. Mit MediClin und mit AMEOS standen private Klinikbetreiber „Gewehr bei Fuß“, um unser Krankenhaus fortzuführen. Die Entscheidung, die Kliniken an HELIOS zu übertragen, war eben, um dies nochmals deutlich zu unterstreichen, nicht alternativlos.

Nur nützt uns dies heute auch nichts mehr. Entscheidender ist in der Tat die Frage, was die Stadt in dieser Situation tut beziehungsweise noch tun kann?

Den Versorgungsauftrag, also das Recht, ein Krankenhaus in Schramberg zu betreiben, hat seit 1982 der Landkreis Rottweil und nicht die Stadt Schramberg. Und spätestens seit dem Gespräch beim Sozialministerium wissen wir, dass der Landkreis beziehungsweise künftig HELIOS selbst entscheiden kann, ob die Versorgung zentral oder wie bisher an mehreren Standorten erfolgen soll.

Ohne diesen Versorgungsauftrag kann die Stadt oder können auch Dritte in Schramberg kein Krankenhaus betreiben. Somit scheidet die Vorstellung mancher Bürgerinnen und Bürger, dass die Stadt das Schramberger Krankenhaus betreiben soll, schon allein daran.

Mit den Sprechern der BI sind wir uns einig: Wenn die angesprochenen Klageverfahren nicht zum gewünschten Erfolg führen, müssen wir mit HELIOS und anderen das Gespräch suchen, um auszuloten, was wir gegebenenfalls für die stationäre Krankenversorgung in der Raumschaft noch erreichen können.

Unabhängig von der Frage, ob es in Schramberg künftig noch ein Krankenhaus gibt oder nicht, haben wir die Verpflichtung, uns um die Gesundheitsversorgung im Mittelbereich Schramberg zu kümmern.

Der Sprecher der Ärztevereinigung Schramberg, Herr Dr. Jürgen Winter, hat ja bei der letzten Kundgebung die Situation bei den niedergelassenen Ärzten dargestellt. Weil wir diese Situation früh erkannt haben, hat sich seit längerem die so genannte „Task Force“ mit dem Thema Gesundheitsversorgung beschäftigt.

Klar war uns, dass ein Krankenhaus eine zentrale Rolle in einer Neustrukturierung der ärztlichen Versorgung spielen kann und muss. Klar war, dass wir zusammen mit den niedergelassenen Ärzten neue Organisationsformen suchen und prüfen müssen.

Dem Landkreis haben wir erprobte Modelle der Verzahnung von stationärer und ambulanter Krankenversorgung aufgezeigt.

Wir haben den Landkreis in wirtschaftlichem Interesse beider Seiten zur Kooperation mit den niedergelassenen Ärzten aufgefordert. Obwohl der Ball - um dies in der Fußballersprache zu sagen - mehrfach auf dem Elfmeterpunkt lag, wurden die darin liegenden Chancen zur Modernisierung unseres Gesundheitswesens durch die Geschäftsführung der Krankenhäuser sehenden Auges vertan.

Gleichwohl blieben und bleiben wir mit der Arbeitsgruppe Gesundheit am Ball, um eine gute ambulante Versorgung zu garantieren. Dies muss uns gegebenenfalls nun ohne die Kooperation mit einem Krankenhaus gelingen, was die Sache deutlich erschwert. Wir stehen in einem engen Dialog mit den niedergelassenen Ärzten in der Raumschaft Schramberg. In diese Gespräche beziehen wir auch die Nachbarbürgermeister im Sinne eines engen Schulterschlusses in der Raumschaft mit ein. Ziel muss es sein, nicht nur den derzeit guten Standard der ambulanten Gesundheitsversorgung zu halten, sondern in Teilbereichen auch auszubauen.

Selbstverständlich werden wir ein Auge darauf haben, dass die Notfallversorgung, die gesetzlich geregelt und auch mit Mindest-Hilfsfristen normiert ist, gesichert wird. Das von HELIOS bei der Bürgerversammlung skizzierte Konzept ist nicht dazu angetan, die gesetzlich vorgeschriebene Versorgung zu garantieren. Dr. Heiko Gertsch hat dies bei der ersten Veranstaltung aufgezeigt. Zur Zeit steht zumindest tagsüber im Krankenhaus ein weiterer Notarzt zur Verfügung, wenn ein anderer bereits im Einsatz ist. Durch längere Entfernungen zum nächstgelegenen Krankenhaus werden die Notärzte entsprechend länger im Einsatz sein und damit vor Ort kürzer verfügbar. Wegen der Größe unseres Gebietes und aufgrund unserer Topographie können die gesetzlichen Hilfsfristen bereits jetzt kaum im erforderlichen Umfang eingehalten werden. Das von HELIOS vorgetragene Konzept sieht nun eine deutliche Verschlechterung vor. Wir werden von HELIOS eine Notfallversorgung verlangen, die mit Recht und Gesetz im Einklang steht und nicht die wirtschaftlichen Interessen des Konzerns höher gewichtet, als Gesundheit und Leben der Menschen im Mittelbereich Schramberg. Die Gespräche beim Sozialministerium lassen uns hoffen, dass wir dann wenigstens hier das Ministerium auf unserer Seite haben werden.

Schließlich wird auch die Frage nach der Tagespflege gestellt, nachdem diese am hiesigen Krankenhaus, und zwar unabhängig von dessen beabsichtigter Schließung, eingestellt wurde. Diese Einrichtung wurde, obwohl sie einst vom Landkreis als bahnbrechend gepriesen wurde, von heute auf morgen geschlossen.

Wir werden die dadurch entstandene Situation in der Raumschaft Schramberg nicht nur mit den Pflegeheimbetreibern im Mittelbereich erörtern, sondern auch die Berücksichtigung der erforderlichen Betten bei der Fortschreibung des Kreispflegeplanes fordern. Auch von der Beratungstätigkeit des Pflegestützpunktes im Landkreis, dessen Arbeit auch wir vor Ort gerne verstärkt sehen würden, versprechen wir uns einiges.

Meine sehr Damen und Herren,
die Zukunft unseres Krankenhauses, ich sagte es bereits, hängt inzwischen an einem sehr, sehr dünnen Faden. Aus diesem Grunde wird nun immer wieder die Forderung an uns herangetragen, doch über die Einrichtung einer Portalklinik nachzudenken. Von Seiten der HELIOS-Befürworter wird in diesem Kontext sogar behauptet, dass Schramberg gar keine öffentlich-rechtliche Lösung wollte. Unabhängig davon, dass die Frage der Trägerschaft der Kreiskliniken durch Entscheidung des Kreistages bereits entschieden ist, möchte ich unmissverständlich klar stellen, dass diese Behauptung nicht richtig ist, jedenfalls nicht, soweit sich die Kritik an den Gemeinderat oder an den Oberbürgermeister richtet. Deshalb nutze ich die Gelegenheit dieser Kundgebung gerne, um den Sachverhalt richtig zu stellen.

Die kommunale Lösung war für mich und war für unseren Gemeinderat bis zum Schluss immer noch eine mögliche Variante. So haben wir wenige Tage nach dem damaligen auf dem Gutachten von SOLIDARIS beruhenden Beschluss des Kreistages, auf dem Sulgen eine neue Klinik mit einer geriatrischen und einer chirurgischen Fachabteilung zu bauen, reagiert.

Mit Zustimmung unseres Verwaltungsausschusses haben wir mögliche Standorte auf dem Sulgen der Geschäftsführung der Kliniken mitgeteilt.

Und selbst das Ergebnis des darauf folgenden Gutachtens SOLIDARIS 2, welches für Schramberg nur noch eine Portalklinik mit maximal 50 Betten vorsah, habe ich sowohl in einer nichtöffentlichen Kreistagssitzung als auch in einer öffentlichen Sitzung des Verwaltungsausschusses als eine mögliche Variante akzeptiert. Wörtlich habe ich vor dem Ausschuss Folgendes ausgeführt:

„Angesichts der Mehrheitsverhältnisse im Kreistag wurde diese Entscheidung von mir als zweitbeste Lösung bezeichnet, nachdem die von uns favorisierte MediClin-Lösung nicht durchsetzbar war. Damit hätte Schramberg zumindest noch ein Minimalangebot an stationärer Krankenhausbehandlung behalten. Die Portalklinik stellte quasi den „Spatz in der Hand“ dar. Sie hätte einen völligen Kahlschlag beim Personal vermieden, einen guten Anknüpfungspunkt für die notärztliche Versorgung geboten und auch den Mittelpunkt für ambulante fachärztliche Behandlungen bilden können. Außerdem hätte sich um eine Portalklinik als Mittelpunkt ein Medizinisches Versorgungszentrum (MVZ) aufbauen lassen. Deshalb möchte ich persönlich auch heute noch diese Möglichkeit als eine denkbare Alternative nicht grundsätzlich ausschließen!“

Wenn nun seitens einiger Kreisräte behauptet wird, Schramberg habe keine öffentlich-rechtliche Lösung“ gewollt, so trifft dies, um es noch einmal zu sagen, jedenfalls für die gewählten Organe der Stadt nicht zu. Dass es gegen die genannten Lösungen Vorbehalte in der Bevölkerung gab, lässt sich allerdings nicht bestreiten.

Nun, meine sehr geehrte Damen und Herren, dies ist alles Vergangenheit. Vorausschauend möchte ich die bis zur Genehmigung des Sozialministeriums verbleibende Zeit aktiv nutzen, abzuklären, ob nicht auf der Basis einer einvernehmlichen Lösung aller Beteiligten die Fortführung eines kleineren Krankenhauses in Schramberg möglich ist. Ehrlicherweise ist insoweit meine Hoffnung eine geringe. Aber ich bleibe dabei: Geprägt durch meine mannigfachen Aktivitäten in Sachen Erhalt unseres Krankenhauses eben nichts unversucht zu lassen. Allerdings setzt dies auch wieder diplomatisches Geschick und eine diskrete Vorgehensweise voraus, was mich erneut in den Verdacht eines zu harmonischen Vorgehens oder, noch schlimmer, der Untätigkeit bringen kann. Im Interesse der Sache setze ich mich aber auch diesmal sehenden Auges dieser Gefahr ganz bewusst aus.

Obwohl uns, wie bereits festgestellt, Vergangenheitsbewältigung nicht weiter bringt, möchte ich doch zwei Anmerkungen anbringen:

Der frühere Chefarzt des Oberndorfer Krankenhauses, Gemeinde- und Kreisrat Dr. Schmid, lobte in der letzten Oberndorfer Gemeinderatssitzung das Management des ehemaligen städtischen Krankenhauses und kritisierte gleichzeitig sehr heftig die Verwaltung der Kreiskliniken. Und ich sage unmissverständlich: Der Mann hat Recht. Aber, dies füge ich genauso unmissverständlich hinzu, warum hat er als Mitglied des Aufsichtsrates der Gesundheitszentren GmbH nicht dafür gesorgt, dass die Struktur der Kreiskrankenhäuser den Erfordernissen der Zeit angepasst wurde? An entsprechenden Forderungen an das Management, den Aufsichtsrat und den Landrat hat es wahrhaft nicht gemangelt.

Und auch meinem ehemaligen Rottweiler Kollegen und Kreisrat Thomas Engeser, der gleichermaßen sein Unvermögen als Aufsichtsrat einräumte, sei ins Stammbuch geschrieben, dass man als Volksvertreter seine Worte besser wählen und abwägen sollte. Zwar ist es richtig, dass so manche Äußerung in Leserbriefen oder auch im Internet mich erschreckte und an einen Satz erinnerte in Lessings Drama Emilia Galotti: „Schon wieder rennt der Zorn mit dem Verstand davon“. Doch Andersdenkenden faschistoides Verhalten vorzuwerfen, ist schon „starker Tobak“. Mit Hitler oder Mussolini in einen Topf geworfen zu werden, kann nicht akzeptiert werden!

Ich plädiere deshalb und wiederholt dafür, dass man durchaus die Entscheidung des Kreistages hart kritisieren darf. Ebenso darf auch emotional spürbar gemacht werden, was uns die Mehrheit des Kreistages, so auch Thomas Engeser, „angetan haben“. Gleichwohl sind auf beiden Seiten die demokratischen Umgangsregeln zu beachten.

In diesem Verständnis möchte ich mich zusammen mit der Bürgerinitiative und mit unserem Gemeinderat dafür einsetzen, dass wir das Beste aus der schwierigen Situation machen. Uns vereint nach wie vor das Ziel, jeden Strohalm zu ergreifen, um eine stationäre Krankenversorgung in Schramberg zu erhalten. Zugegeben, wir waren uns nicht über jedes Detailziel und in jeder Verlautbarung einig; persönlich habe ich jedoch immer auf einen möglichst breiten Konsens hingearbeitet und die erfolgreiche Mobilisierung der Bevölkerung in der Raumschaft durchaus anerkannt - getreu der saloppen Maxime des früheren Bundesumweltministers Klaus Töpfers, der wie folgt zitiert wird: „Es ist besser, wenn jemand von innen aus dem Zelt rauspinkelt, als wenn er

von draußen reinpinkelt“!

In diesem Verständnis sollten wir die in dieser unglaublichen Mobilisierung steckende Kraft, Solidarität und Geschlossenheit in der Raumschaft nutzen, um die letzten Möglichkeiten der Zielerreichung ebenso kraftvoll anzugehen. Und sollte auch dies nicht zum Erfolg führen, dann leite ich aus der Geschichte unserer Stadt folgende Erkenntnis ab: *„Unser größter Stolz besteht nicht darin, niemals zu fallen, sondern jedes Mal, wenn wir fallen, wieder aufzustehen!“*

Gerade die aktuelle Beschäftigung mit der Geschichte unserer Industrie und nicht zuletzt der Uhrenindustrie hat mich in dieser Erkenntnis gestärkt. Bei allen Problemen unserer Stadt sollten wir uns auch auf deren Stärken besinnen. Stärken, die beispielsweise dazu geführt haben, dass wir nach nahezu jeder Krise gestärkt aus derselben hervorgegangen sind. Wer hätte gedacht, dass nach den katastrophalen Wirtschaftsjahren 2009 und 2010 unsere Industrie wieder so stark ausgelastet wird, wie es derzeit der Fall ist?

Und wer hätte gedacht, dass wir bereits in diesem Jahr mit 3,6% Arbeitslosigkeit in der Raumschaft - volkswirtschaftlich betrachtet - schon wieder von Vollbeschäftigung sprechen können.

Dies, und die in der unübersehbar vor mir stehenden Kraft der Bürgerbewegung soll uns die notwendige Zuversicht verleihen, die Zukunft durchaus gut gestalten zu können. Hierzu können und müssen wir selbst unseren Beitrag leisten und die Beseitigung struktureller Schwächen selbst in Angriff nehmen.

Wir können und dürfen als wirtschaftsstarker Raum, der nicht unwesentlich zur Finanzierung des Kreishaushaltes beiträgt, aber auch die Forderungen an den Kreis richten, seinerseits dazu beizutragen, dass die Strukturen in unserer Raumschaft verbessert und gestärkt werden. Nach der unsäglichen Entscheidung zum Krankenhausstandort Schramberg erst Recht! Und gerade in diesem Kontext leite ich erste Forderungen an den Landkreis ab.

Forderungen, die sich neben den angesprochen gesundheitspolitischen Zielsetzungen auch mit den Themen *Zukunft unseres Berufschulwesens, Erhalt der Altenpflegeschule in Schramberg*, wo ich schon Erfolg versprechende Gespräche geführt habe, *Etablierung der Beratung des Pflegestützpunktes* beschäftigen werden.

Wir werden uns aber auch darüber zu unterhalten haben, wie mit Hilfe des Landkreises hier im Mittelbereich Schramberg Arbeitsplätze im Dienstleistungsbereich erhalten und geschaffen werden können und inwiefern auch hier bürgernah Dienstleistungen angeboten werden.

Bevor ich zum Schluss komme, ist es mir ein Anliegen, der von der Entlassung bedrohten Belegschaft des Schramberger Kreiskrankenhauses unsere uneingeschränkten Solidarität zu bekunden. Ich bewundere Ihr riesiges Engagement im Interesse einer guten Gesundheitsversorgung in unserer Region. Herzlichen Dank dafür!